Europawahl 2024 zur Umweltwahl machen!

Am 9. Juni 2024 haben wir die Wahl

Natürlich wählen!

Europa 2024 muss ökologischer und sozialer werden und für die Demokratie einstehen. Umweltschutz ist europäisch.

Wir zeigen, wie Sie mit Ihrer Stimme für mehr Natur- und Umweltschutz in Europa sorgen können.

Alle wahlberechtigten EU-Bürger*innen können die Mitglieder des Europäischen Parlaments wählen. In Deutschland sind erstmals Personen ab dem Alter von 16 Jahren wahlberechtigt. Wählen dürfen Deutsche und Staatsangehörige der übrigen europäischen Mitgliedsstaaten.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

So wird gewählt:

- **Jede Partei erstellt eine Bundes- oder mehrere Landes-Listen mit Kandidat*innen.**
- **Wähler*innen stimmen also für eine Parteiliste.**
- **Einzelne Abgeordnete können nicht gewählt werden.**
- **Es kann am Wahltag vor Ort im Wahllokal gewählt werden oder per Briefwahl.**
- **Die Abgeordneten werden für fünf Jahre gewählt.**
- **Sie bilden im Parlament nationenübergreifende Fraktionen.**
- **Das Europäische Parlament tagt monatlich in Straßburg.**

Warum wählen gehen?

Die Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl prägen die politische Agenda der neuen EU-Kommission.

Die Entscheidungen des Parlaments wirken sich auf viele Bereiche aus.

So ist der Umweltschutz weitestgehend europäisch. Etwa 80 Prozent der entsprechenden Gesetze in Deutschland haben ihren Ursprung in der EU. Auch Gesetze zur Erhaltung der Biodiversität, zum Verbraucherschutz oder zur Migration entstehen in der EU.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Rechte Parteien stoppen!

Der zunehmende Aufwind rechtsextremer Parteien in Deutschland und Europa ist eine Gefahr für die Demokratie, für Menschenrechte und unser gesellschaftliches Zusammenleben.

Die AfD formuliert in ihrem Parteiprogramm, dass sie das Europäische Parlament abschaffen möchte. Auch von einem „Dexit“, also einem Austritt Deutschlands aus der EU, hat die Partei wiederholt gesprochen. **Rechtspopulistische** und rechtsextreme Parteien **leugnen häufig den menschengemachten Klimawandel**. Beim Umweltschutz denken sie national – dabei kennt die Natur keine Grenzen. Auch im Europäischen Parlament hat sich die AfD konsequent gegen eine Stärkung des Umweltschutzes ausgesprochen und wiederholt den Klimawandel geleugnet.

Diskutieren Sie mit uns!

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Herausforderungen, um zukunftsfähig zu sein

Klimaschutz	Demokratie
Anpassungsfähigkeit	Angst
	Pressefreiheit
Toleranz	
Artenvielfalt	Hass, Hetze
Mut	
	Bildung
informiert sein	unbedingter Gehorsam
Umweltschutz	
	Werte erhalten
Solidarität	Kritiklosigkeit
Engagement	
	Werte verteidigen
Gesundheit	Bequemlichkeit
Verlässlichkeit	
	Verfassungs-schutz
Meinungsvielfalt	Misstrauen
Ernährung	Gleichgültigkeit
Widerstandsfähigkeit	
	Migration

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Erfolge der jetzigen Legislatur

Getragen von einer beispiellosen gesellschaftlichen Mobilisierung für den Klimaschutz und entsprechenden Wahlergebnissen in ganz Europa wurde der Europäische „Green Deal“ geboren.

Dieser „GreenDeal“ hat durchaus zu Fortschritten geführt:

- **Das EU-Klimagesetz legt fest, dass die Emissionen in der EU bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden müssen.**

- **Das Aus des Verbrennermotors ist besiegelt. Ab 2035 dürfen EU-weit keine Neuwagen mit Verbrennermotor verkauft werden.**

- **Bis zum Jahr 2030 müssen die Mitgliedstaaten auf 20 Prozent ihrer Fläche die Natur wiederherstellen.**

Doch diese Fortschritte reichen nicht aus. Es fehlt immer noch ein verbindliches Datum für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Die geplante Pestizid-Reduktion ist gescheitert. Auch das Versprechen einer Umwelt frei von giftigen Chemikalien bleibt unerfüllt. Ressourcenverbrauch und Abfallberge wurden kaum debattiert.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND-Forderungen zur Europawahl 2024

- **Ein Europa im Einklang mit der Natur**
  Keine Grenzen / Schutz der Ökosysteme an Land und zur See als Lebensversicherung und Abwehr der Klimakatastrophe / bessere Finanzierung / bessere Rahmenbedingungen für den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien

---

- **Eine faire und nachhaltige Landwirtschafts- und Ernährungspolitik**
  Landwirtschaft mit mehr Vielfalt und weniger Pestiziden / Unterstützung DIESER Transformation aus der EU Agrarförderung / Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft / Zugang zu gesunden und nachhaltigen Nahrungsmitteln muss für alle möglich sein / Gesetz für nachhaltige Lebensmittelsysteme / Keine unkontrollierte Zulassung der „Neuen Gentechnik“

- **Eine schnelle und faire Emissionsreduktion**
  Ausstieg aus der fossilen Energie und 100 Prozent erneuerbare Energien / Klimaneutralität bis 2040 statt Scheinlösungen wie CCS und Greenwashing / Hand in Hand: Klimaschutz und Sozialpolitik / Bessere Unterstützung von Haushalten und Regionen, die von der Transformation am meisten betroffen sind / Europäisches Klimageld.

- **Ein ressourcenleichtes Leben und eine giftfreie Umwelt**
  Mehr Gesundheitsschutz statt Schutz der Profite der Chemieindustrie / Schutz vor gefährlichen Stoffen / Reform des EU Chemikalienrechts / EU Ressourcenschutzgesetz, das Abfallflut eindämmt, Recycling fördert und unseren Verbrauch insgesamt reduziert.

- **Eine klima-, umwelt-, gesundheits- und sozialverträgliche Mobilität**
  Ausbau der grenzüberschreitenden Angebote der Bahn für eine klimafreundliche Mobilität. Die Mobilitätswende gelingt schneller wenn: Verschärfung der Schadstoff- und Lärmgrenzwerte für Pkw, Lkw und Motorräder / Abschaffung der umweltschädlichen Subventionen für Flüge

---

- **Eine sozial-ökologische Wirtschaft für Europa und die Welt**
  faire und nachhaltige Standards in der Handelspolitik / Unser Konsum darf nicht zu Menschenrechtsverletzungen und zur Vernichtung von wertvollen Lebensräumen wie dem Regenwald führen/ Verabschiedung des Lieferkettengesetzes

---

- **Ein demokratisches, transparentes und gerechtes Europa**
  Einstehen für Demokratie: Wir widersetzen uns Kräften, die Europa zerstören wollen. Wir möchten ein Europa für Menschen statt Konzerninteressen. Die EU muss ihre Gesetzesverfahren transparenter gestalten und den Einfluss von Lobbyisten offenlegen und einschränken.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

EU-Wahlprogramme auf einen Blick

www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme

	Europa	Sozialpolitik
SPD	• Stärkung der europäischen Idee als Antwort auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen • Wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte durch ein starkes Europa abbauen • Engagement für ein gemeinsames Miteinander in der Europäischen Union • Betonung der europäischen Demokratie, auch nach dem Brexit • Forderung nach europäischem Wahlrecht ab 16, europäischen Medien und Stärkung von Bürgerinitiativen	• Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme • Kein Vollzeitlohn unter der nationalen Armutsschwelle in der EU • Verbindliche europäische Sozialagenda für soziale Grundrechte und Kostenabdeckung • Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland, länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten • Europäischer Jugendplan für berufliche Chancen und Mindestausbildungsvergütung
Grüne	• Erweiterung der EU-Kompetenzen und Schaffung neuer europäischer Institutionen • Demokratische Kontrolle des Europäischen Währungsfonds und Haushalt für den Euro • Vollendung der Bankenunion, Stärkung des Europäischen Parlaments, Transparenz im Europäischen Rat • Forderung nach mehr direkter Demokratie und Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative	• Investitionen in Europas Infrastruktur, Stärkung von Gründerinnen • Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, faire Bezahlung bei Ausbildung und Praktika • Einklagbare soziale Grundrechte, Grundsicherung für alle in der EU, europaweite Mindestlöhne
FDP	• FDP will EU reformieren, ungenutzte Potenziale entfesseln. • Bürgerbeteiligung stärken, institutionelle Reformen, Bürokratieabbau. • Europa der zwei Geschwindigkeiten, demokratische, dezentrale EU. • Gemeinsame Regeln in Handel, Digitalisierung, Sicherheit, Migration. • EU-Parlament mit eigenen Gesetzesinitiativen, verkleinerte EU-Kommission.	• Nationale Autonomie in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. • Ablehnung europäischer Arbeitslosenversicherung. • Keine Vereinheitlichung nationaler Altersvorsorgesysteme. • Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt. • Reform der Kindergeld-Regelungen, Anpassung an Lebenshaltungskosten.
CDU/CSU	• Slogan: „Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand." • Ziel: Gemeinsames Europa gegenüber Populisten verteidigen • Sicherung von Frieden, Freiheit, Wohlstand, Menschenrechten, Sicherheit und Stabilität • Betonung der kulturellen Stärke durch europäische Identität und Vielfalt • Offenheit für Rückkehr Großbritanniens unter Einhaltung von Pflichten	• Mindeststandards beim Arbeitsschutz und Grundstandards beim Arbeitnehmerrecht europaweit für soziale Sicherheit • Verantwortung für soziale Sicherungssysteme, Mindestlöhne und Altersvorsorgen bei Mitgliedsstaaten • Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie Teilhabe von Menschen mit Behinderung • Förderung von privaten Investitionen und Reformen für Wachstum und Beschäftigung • Ablehnung einer europaweiten Arbeitslosenversicherung
Linke	• Die LINKE strebt ein vereintes Europa der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens an. • Betont die Notwendigkeit der europäischen Integration und lehnt ein „Europa der Vaterländer" ab. • Forderung nach Stärkung des Europäischen Parlaments und Reform der EU. • Ziel: Grenzübergreifende Marktregulierung, Ausbau der Demokratie für eine Sozialunion. • Gleichwertige Lebensverhältnisse in Europa, Freizügigkeit ohne Auswanderungsdruck.	• Umverteilung des Reichtums, gute Arbeitsbedingungen, staatliche Investitionen in Innovationen. • Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen, Regulierung von Werkverträgen, kürzere Arbeitszeiten. • Gleichstellung der Löhne, Schutz in der Digitalisierung, Förderung von Genossenschaften. • Europaweite Mindeststandards im sozialen Bereich, öffentlicher Reichtum, bezahlbarer Wohnraum. • Geschlechtergerechtigkeit durch soziale Absicherung, Antidiskriminierung, Selbstbestimmung. • Forderung nach umfassenden Gesundheitsstandards, kostenloser Psychotherapie, Legalisierung von Cannabis. • Betonung der Bedeutung öffentlicher Finanzierung im Bildungssystem, Reform des Bologna-Systems.
AFD	• AfD befürwortet EU als Gemeinschaft souveräner Staaten • Lehnt „EU-Superstaat" und „europäische Identität" ab • Betont Freiheit, Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten • Fokus auf gemeinsamer Markt, Außengrenzschutz, Erhalt der Kultur	• Verantwortung und Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten in der Sozialpolitik • Ablehnung von Freizügigkeit, die vornehmlich dem Sozialleistungsbezug dient • Unterstützung klassisches Familienleitbild, Ablehnung „Gender-Ideologie" • Gegen „Europäischen Bildungsraum," Stärkung Bildungshoheit der Mitgliedstaaten

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

EU-Wahlprogramme auf einen Blick

www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme

	Digitalisierung	Wirtschaft und Finanzen
SPD	• Nutzung der Digitalisierung als Chance für die zukünftige Arbeitswelt • Trennung zwischen Arbeit und Freizeit, Schutz der Arbeitnehmerrechte • Regulierung von Internetgiganten, Schaffung eines Europäischen Kartellamts • Recht auf Privatsphäre, transparente Algorithmen • Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien und europäische Strategie für Cybersicherheit	• Handlungsfähiges Europa mit aktiver Wirtschaftspolitik • Europa als Vorbild für freien und fairen Handel • Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum • Gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer in Unternehmen • Mindeststeuersatz, Kampf gegen Steuerdumping und -kriminalität • Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten • Gemeinsames Budget der Euro-Länder für mehr Investitionen
Grüne	• Regulierung der Macht von Internetgiganten, Schaffung eines Europäischen Kartellamts • Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen, transparente Algorithmen • Ausbau der digitalen Infrastruktur, freies und offenes Internet für alle • Ende der anlasslosen Massenüberwachung, Regeln für soziale Medien gegen Hass und Hetze	• Leistungsfähiger Haushalt der EU für gemeinsame Aufgaben • Starke eigene Einnahmen für handlungsfähige Union • Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben • Einführung der Finanztransaktionssteuer, Kampf gegen Steuerbetrug und -dumping • Gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung, Prüfung maximaler Gehaltsabstände in Unternehmen
FDP	• Ablehnung anlassloser Vorratsdatenspeicherung. • Weiterentwicklung der DSGVO, Schutz geistigen Eigentums. • Gegen Zensurinfrastruktur, Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Upload-Filter.	• Vielfalt der Steuersätze innerhalb EU, einheitliche Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage. • Ablehnung von Mindeststeuersätzen, Eurobonds. • EU-Haushalt mit Fokus auf Forschung, Innovation, Digitalisierung. • Stärkere Marktwirtschaft, weniger Bürokratie in Agrarpolitik. • Sicherung des Euro als stabile Währung, automatische Sanktionen bei Verschuldung.
CDU/CSU	• Investitionen in Künstliche Intelligenz und Big Data für neue Arbeitsplätze und soziale Sicherheit • Förderung von Start-Ups durch europäischen Zukunftsfonds • Nationale Umsetzung der EU-Urheberrechtslinien, Ablehnung von Upload-Filtern • Effektive, intelligente und sichere Nutzung von Daten, Ausbau des europäischen Mobilfunknetzes auf 5G	• Europa als Garant für wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand • Unterstützung von fairem und freiem Handel, Freihandel und Globalisierung • Geringere Abgaben, weniger Bürokratie, gezielte Unterstützung in Forschung und Entwicklung • Ablehnung eines europäischen Finanzministers • Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten in Haushalts- und Finanzpolitik • Forderung nach politischer Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank • Schaffung einer gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und eines europäischen Währungsfonds
Linke	• Einhaltung von Datenschutzstandards, Verbot von Keyloggern und Überwachungstechnologien. • Kritische Forschung zu Risiken von Künstlicher Intelligenz, Verbot von automatisierter Gesichtserkennung. • Verantwortungsbewusste Nutzung von Daten, Verbot von Tracking und personalisierter Werbung.	• Forderung nach sozialen und ökologischen Märkten, gerechter Besteuerung von Vermögen. • Global Mindeststeuersätze für Unternehmen, Besteuerung von Krisen- und Spekulationsgewinnen. • Einschränkung der Macht von Bigtechs, Einführung eines digitalen Euro. • Gerechte Handelspolitik, Ablehnung des Mercosur-Abkommens, Unterstützung von Verbraucherschutz. • Kritik am Gesetz über Digitale Dienste, Forderung nach EU-weitem Lieferkettengesetz.
AFD	• Ablehnung von EU-Digitalisierungsverordnungen • Betonung der Privatsphäre als Grundprinzip des digitalen Lebens • Nationale Regelungen für Datenschutz, Recht auf Verschlüsselung, Netzneutralität • Regulierung der Digitalisierung auf nationaler Ebene, Datensparsamkeit	• Euro als gescheitert betrachtet, Rückkehr zu nationalen Währungen • Ablehnung von Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen • Keine EU-weite Finanztransaktionssteuer, CO2-Bepreisung • Schutz nationaler und regionaler Qualitätsstandards auf europäischem Markt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

EU-Wahlprogramme auf einen Blick

www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme

	Außen- & Verteidigungspolitik	Migration & Asyl
SPD	• Europäische Außenministerin oder -minister für internationale Verhandlungen • Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips bei außenpolitischen Entscheidungen • Mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit • Frieden und Abrüstung, Ende der Aufrüstungsspirale • Europäische Armee mit parlamentarischer Kontrolle durch das Europäische Parlament	• Humanitäre Verantwortung der EU-Mitgliedsstaaten für flüchtende Menschen • Reform des Dublin-Systems, europaweite Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren • Anreize zur freiwilligen Rückkehr mit finanziellen Hilfen • Einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung • Stärkung der Seenotrettung durch EU-Koordinierung und finanzielle Unterstützung • Bekämpfung von Fluchtursachen durch faire Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit
Grüne	• EU-Mitgliedstaaten sollen Mehrheitsentscheidungen in Außen- und Verteidigungspolitik befolgen • Schaffung einer effektiven, rechtsstaatlichen europäischen Sicherheitsarchitektur • Einrichtung eines Europäischen Kriminalamts, zusätzliche Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft • Mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen • Nachhaltige Friedenspolitik statt Waffenlieferungen, Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention	• Europäisches Einwanderungsrecht für legale Migration • Stärkung der Rechte und Interessen von (Arbeits-)Migrantinnen • Einheitliches europäisches Asylsystem, fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus • Einheitliches europäisches Seenotrettungssystem, europäisch organisiert und finanziert
FDP	• Stärkung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. • Transatlantische Partnerschaft, Freihandel mit den USA. • Ende der Gewalt in Ostukraine, Wiederaufbau von Vertrauen mit Russland. • Realistische Erweiterung der EU auf westlichen Balkan. • Aufbau europäische Armee, Investition von drei Prozent des BIP in Sicherheit	• Gemeinsame Einwanderungspolitik, sichere Außengrenzen. • Frontex als echte europäische Grenzschutzbehörde ausbauen. • Einheitliches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht. • Punktesystem zur Erhöhung der Attraktivität für qualifizierte Einwanderer. • Gemeinsames Europäisches Asylsystem, Sanktionen bei Nichteinhaltung.
CDU/CSU	• Enge Zusammenarbeit von Polizei- und Sicherheitsbehörden für starkes und handlungsfähiges Europa • Schutz der Grenzen durch Ausbau der Grenzagentur FRONTEX • Einführung gemeinsamer europäischer Streitkräfte bis 2030, uneingeschränktes Bekenntnis zur NATO • Schaffung eines zusätzlichen, gemeinsamen ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die EU • Neubelebung der transatlantischen Freundschaft und Förderung der Zusammenarbeit mit Russland in gemeinsamen Interessengebieten	• Sicherheit und Freiheit für Schutzsuchende, Bekämpfung illegaler Migration • Dauerhaft niedrige Zahl der Flüchtlinge, Anpassung von Asylbewerberleistungen • Einrichtung europäischer Transitzentren, regionale Aufnahmezentren in Nordafrika • Digitales Migrations-Monitoring für Frühwarnsystem
Linke	• Einsatz für Deeskalation, globale soziale Gerechtigkeit und zivile Konfliktlösungen. • Ablehnung von Aufrüstung und militärischen Auslandseinsätzen, Verbot von Rüstungsexporten. • Ablehnung einer EU-Armee, Stärkung des internationalen Rechts, diplomatischer Druck gegen Russland. • Ablehnung von Militarisierung der EU, Stopp der Unterstützung autoritärer Regime, Stärkung der UN.	• Ablehnung einer „Festung Europa“, Umwandlung von Frontex in eine Rettungsmission. • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Seenotrettungsinitiativen, sichere und legale Fluchtwege. • Humanes Aufnahmesystem, Ablehnung von Hotspot-Politik, faire Regelungen im Dublin-System. • Unterstützung von aufnahmebereiten Ländern, Städten und Regionen, europäische Fluchtumlage. • Uneingeschränkter Familiennachzug, erleichterter Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete.
AFD	• Eigenständige Sicherheitspolitik in Europa • Stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen in internationalen Organisationen • Wiedereinführung der Wehrpflicht, Anpassung des Wehretats • Intensive Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten	• Rückkehr zur nationalen Selbstbestimmung in der Asyl- und Zuwanderungspolitik • Strikter Außengrenzschutz, Begrenzung der Zuwanderung • Qualifizierte Zuwanderung nach japanischem Vorbild • Ablehnung des Islam als unvereinbar mit demokratischen Werten

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

EU-Wahlprogramme auf einen Blick

www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme

	Umwelt & Energie	BUND-Position
SPD	• Fortsetzung der Energiewende mit drastischer Reduzierung klimaverändernder Schadstoffe	**Ja**
	• Stopp des ökonomischen Raubbaus und Verbot von Plastikartikeln in Europa	**Ja**
	• 45% Treibhausgasreduktion bis 2030, Treibhausgasneutralität bis 2050	**Gesetzliches Ziel ist -55%, wir fordern 60%.**
	• Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien	**Ja**
	• Europaweite Agrarpolitik ohne Glyphosat ab 2023	**Ja**
Grüne	• Ziel: 45% erneuerbare Energie bis 2030, 100% bis 2050	**Ja**
	• Senkung der CO2-Emissionen um mindestens 55% bis 2030	**Besser wären 60%**
	• Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und fossilen Energieträgern	**Ja, muss aber deutlich vor 2040 passieren.**
	• Schneller Ausbau erneuerbarer Energien, Unterstützung von Arbeitnehmerinnen in Kohleausstiegsregionen	**Ja, aber naturverträglicher Ausbau**
	• Einführung von CO2-Preis, Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung, europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen	**Kompliziert, der BUND war beim EU-Emissionshandel skeptisch, aber realpolitisch ist er halt jetzt da. Deswegen kann man eine Stärkung desselber unterstützen.**
FDP	• Europäische Klimapolitik, Fokus auf CO2-Zertifikatehandel.	**Zu wenig ambitioniert. Ohne entsprechende begleitende Maßnahmen, u.a. Ordnungsrecht und Förderpolitik kriegen wir nur einen hohen CO2 Preis und soziale Spannungen.**
	• CO2-Einsparungen außerhalb EU fördern.	**Kann man machen, aber darf kein Offsetting sein, d.h. es darf keine Entschuldigung sein, dass wir in der EU weniger reduzieren.**
	• Transeuropäischer Netzausbau, Diversifizierung der Energiequellen.	**Wenn es um Gasnetze geht, klares Nein.**
	• Aufforstung und Schutz der Wälder zur CO2-Bindung.	**Grundsätzlich ja, aber nicht, wenn es um Offsetting und Feigenblatt zum Weiterbetrieb fossiler Anlagen geht.**
CDU/CSU	• Vereinigung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz	**Nein, grünes Wachstum ist eine Fata Morgana**
	• Umsetzung der Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen von Paris und Kattowitz	**Ja**
	• Kostenpflichtige Treibhausgasemissionen global	**keine Position**
	• Strategie zur Vermeidung von Plastikmüll, internationale Abkommen zur Plastikvermeidung	**Ja**
	• Schutz regionaler Ursprungs-Bezeichnungen für ökonomische und ökologische Landwirtschaft	**Ja, aber zu wenig als umfassendes Landwirtschaftsprogramm**
	• Förderung von sicheren, sauberen und bezahlbaren erneuerbaren Energien	**Ja**
	• Unterstützung der Forschung in emissionsarmen Antriebsformen und sauberen Antriebsmotoren	**Nein, sie wollen vom Verbrenner-Aus wieder Abstand nehmen**
	• Öffnung Natura 2000	**NEIN**
	• Entnahme Wölfe, Bären	**NEIN**
Linke	• Forderung nach Klimagerechtigkeit, Verantwortung der Reichen, nationale Ziele für erneuerbare Energien.	**Ja**
	• Ausbau erneuerbarer Energien, Ausstieg aus Atomenergie, Investitionsstopp in fossile Brennstoffe.	**Ja**
	• Umfassende Sozialreform des EU-Emissionshandels, Unterstützung durch den Klimasozialfonds.	**Ja**
	• Förderung öffentlicher und klimaschonender Mobilität, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.	**Ja**
	• Schutz der Artenvielfalt, Ausweitung von Schutzgebieten, Unterstützung des EU-LIF	**Ja**
AFD	• Leugnung menschengemachten Klimawandels	**NEIN**
	• Ablehnung von EU-Klimaprogrammen, Fokus auf nationale Energiepolitik	**NEIN**
	• Betonung bezahlbaren Individualverkehrs, Ablehnung von EU-Initiativen zur Verlagerung des Güterverkehrs	**NEIN**
	• Unterstützung des Verbrennungsmotors, Ablehnung der Bevorzugung der Elektromobilität	**NEIN**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3a • 30161 Hannover • Tel: (0511) 965 69 - 0 • Fax: (0511) 66 25 36 • bund@nds.bund.net • www.bund-niedersachsen.de
Spendenkonto: IBAN: DE59 3702 0500 0008 4984 04 • BIC: BFSWDE33XXX • Bank für Sozialwirtschaft

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY